

Teuerung: Bündnis kritisiert fehlende Unterstützung fürs Gemeinwohl

Utl.: Richtlinie des Wirtschaftsministeriums hat große Lücken -
Trotz massiver Betroffenheit haben viele gemeinnützige
Organisationen keine Chance auf einen Energiekostenzuschuss =

Wien (OTS) - Das Bündnis für Gemeinnützigkeit kritisiert die gestern veröffentlichte Richtlinie des Wirtschaftsministeriums zum Energiekostenzuschuss für Unternehmen. Darin werden zwar gemeinnützige Organisationen als anspruchsberechtigt angeführt, aber nur sehr wenige Vereine erfüllen die konkreten Kriterien für einen Zuschuss. "Die Richtlinie ist falsch aufgesetzt. Viele gemeinnützige Organisationen haben damit keine Chance auf die Unterstützung, obwohl sie massiv von der Energiekrise und der allgemeinen Teuerung betroffen sind", kritisiert Bündnis-Geschäftsführer Franz Neunteufl. Er fordert daher einen Teuerungsausgleich-Fonds für alle gemeinnützigen Organisationen. "Gemeinnützige brauchen dringend ein Entlastungspaket, das auf den Sektor zugeschnitten ist", so Neunteufl.

"An uns wenden sich immer öfter Organisationen, die den Spagat zwischen Kostensteigerung und gesunkenen Spendeneinnahmen sowie nicht der Teuerung angepassten Förderungen kaum noch schaffen - und das Schlimmste steht uns wohl noch bevor", warnt der Bündnis-Geschäftsführer. Er erklärt: "Laut unseren Schätzungen haben mehr als 90 Prozent der gemeinnützigen Vereine aktuell keine Chance auf einen Energiekostenzuschuss. Die Richtlinien sind für Gemeinnützige unklar und ungeeignet. Steuerberater sollen über die einzelnen Fälle entscheiden, was besonders für kleine Vereine eine zusätzliche finanzielle Belastung darstellt." "Selbst für jene, die Zugang zu diesen Geldern haben, handelt es sich nur um einen Tropfen auf den heißen Stein. Denn der Energiekostenzuschuss ist nicht das richtige Instrument, um Non-Profit-Organisationen zielgerichtet zu helfen", so Neunteufl.

Zwtl.: Finanzielle Krise im gemeinnützigen Sektor

Gemeinnützige Organisationen federn immer wieder die schlimmsten Konsequenzen aktueller Krisen ab. Sie sind oft letztes Rettungsnetz für Bedürftige und sorgen für gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land. Anders als Wirtschaftsunternehmen können oder dürfen sie höhere

Kosten nicht an Leistungsbezieher:innen weitergeben.

Jede fünfte gemeinnützige Organisation berichtet in einer Umfrage des Bündnis für Gemeinnützigkeit, einem Netzwerk aus über 3000 gemeinnützigen Organisationen, aufgrund der hohen Energiekosten und der generellen Teuerung in ihrem Fortbestand gefährdet zu sein. "Trotzdem gibt es von der Bundesregierung bisher keine verlässliche Zusage, ihnen angesichts der Teuerungskrise zur Seite zu stehen. Das muss sich dringend ändern", sagt Bündnis-Geschäftsführer Franz Neunteufl.

~

Rückfragehinweis:

Alexandra Grabher

Kommunikation & Öffentlichkeitsarbeit

+43 677 647 847 87, alexandra.grabher@gemeinnuetzig.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/30274/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0083 2022-11-24/10:57

241057 Nov 22

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20221124_OTS0083